

P r o t o k o l l

der Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Liegenschaftsausschusses am 28. Januar 2013 im Senatssaal

öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:13 Uhr

Anwesenheit

Herr Mundt
Herr Braun
Frau Hildebrand i. V. für Frau Bruns
Herr Dr. Fassbinder
Frau Görs
Herr Kolbe
Herr F.-R. Liskow
Herr Littmann
Herr Noack
Frau Socher
Herr Dr. Stegemann

Entschuldigt:

Frau Bruns
Herr Bleckmann

Verwaltung

Herr Wille	Herr Schick	Herr Dembski
Herr Kremer	Herr Schult	Herr Wixforth
Frau Meyn	Frau Teetz	Frau Franz
Frau Beyerle		

Gäste

Frau Hase - OZ

Tagesordnung:

1. Sitzungseröffnung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Informationen zum Stand Stadthaus
5. Diskussion der Informationsvorlage
- 5.1. Maßnahme für THH 4, Produkt 11403 - 05/967
Differenzierter Winterdienst in der
Universitäts- und Hansestadt Greifswald -
möglichst salzarm
Dez. II, Amt 66
- 5.2. Strategiekonzept und Prüfauftrag des See- 05/970
und Tauchsportzentrums – Eigenbetrieb der
Universitäts- und Hansestadt Greifswald
OB, STZ
- 5.3. Prüfung der gesellschaftsrechtlichen 05/972
Verknüpfung von Biotechnikum Greifswald
GmbH und Technologiezentrum-
Fördergesellschaft Vorpommern mbH
Dez. I, Beteiligungsmanagement
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 6.1. Modelle zur Weiterentwicklung der Theater- 05/975
und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-
Vorpommern
Dez. III
- 6.2. Neufassung der Hauptsatzung 2013 05/969
Dez. I, Abt. Recht
- 6.3. Beschluss zum Ausbau der „Heinrich-Heine- 05/971
Straße“ sowie zur Abschnittsbildung und
Klassifizierung für die Abrechnung der
Straßenbaumaßnahme nach Straßenbaubei-
tragssatzung
Dez. II, Amt 60
- 6.4. Stadtmarketingverein als zentraler 05/946
Veranstaltungsservice
FDP-Fraktion
7. Information der Verwaltung

8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
9. Informationen des Ausschussvorsitzenden
10. Bestätigung des Protokolls vom 28.11.2012
11. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung

Herr Mundt wünscht allen ein gesundes Neues Jahr und eröffnet die Ausschusssitzung mit 10 stimmberechtigten Mitgliedern.

Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung

Frau Socher stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 6.1 „Modelle zur Weiterentwicklung der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“ zurückzustellen, weil es dazu noch kein Votum des Aufsichtsrates gibt.

Herr Mundt lässt über den Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen
5 Gegenstimmen
3 Stimmenthaltungen

Herr Mundt gibt bekannt, dass der Tagesordnungspunkt 6.4 „Stadtmarketingverein als zentraler Veranstaltungsservice“ von der FDP zurückgezogen wird.

Herr Mundt lässt über die veränderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
2 Gegenstimmen

Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

keine

Zu TOP: 4. Informationen zum Stand Stadthaus

Herr Kremer informiert zum Projekt Stadthaus, insbesondere zu den Punkten

- Vertragsstand Bauausführung
- Kostenüberwachung
- Leistungsstand/Bauzeiten/Verzögerungen
- Projektabweichungen/-risiken (Anlage zum Protokoll).

Beim Neubau 1 (Rakower Str.) und beim Neubau 2 (Innenhof) gibt es für die Wände Ebene 5 und Ebene 3 15 Werktage Verzug durch Witterungsverhältnisse (Dauerfrost). Im Altbau wurden die Arbeiten im Deckenbereich unterbrochen, da noch Fragen zum Brandschutz geklärt werden müssen (hier werden Mehrkosten von ca. 100.000 EUR erwartet, auch hat der Objektplaner mündlich Mehrkosten angekündigt, konkrete Angaben liegen noch nicht vor). Weitere Verzögerungen (ca. 4 Monate) sind bei der Montage der Fenster im Neubau aufgrund von mehrmaligen Bietereinsprüchen und Rücksetzung des Ausschreibungsverfahrens zu verzeichnen. Durch zweimalige Ausschreibung ohne Angebotsergebnisse bei der Aufarbeitung Fenster Bestand gibt es eine Zeitverschiebung von ca. 4,5 Monaten, die in der Größenordnung auch nicht mehr aufgeholt werden kann. Auch steht man mit der Firma in Verhandlung, die Kosten zu senken. Mehrkosten werden im Bereich des Dachstuhles durch Schwammbefall in Höhe von ca. 60.000 EUR erwartet.

Es gibt die Möglichkeit, zusätzlich Fördermittel für Archäologie- und Beräumungskosten beim Landesförderinstitut in Höhe von ca. 200.000 EUR einzuwerben, die dann dem Projekt wieder zur Verfügung stehen.

Ca. 63 % der gesamten Bauleistung wurden beauftragt.

Die Fertigstellung des Stadthauses wird bis Ende 2013 erwartet, der Abschluss der Umzugsarbeiten im Frühjahr 2014.

Zurzeit liegen keine Budgetüberschreitungen vor. Die prognostizierten Kosten liegen derzeit ca. 34.000 EUR unter den geplanten Kosten.

Zu TOP: 5. Diskussion der Informationsvorlage

Zu TOP: 5.1. Maßnahme für THH 4, Produkt 11403 - Differenzierter Winterdienst in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald - möglichst salzarm

Herr Wixforth erläutert die Vorlage und gibt eine Korrektur zum Beratungsgegenstand bekannt. Richtig muss es heißen „Maßnahme für THH 6...“. In der Informationsvorlage wurde versucht, darzulegen, dass und warum die Universitäts- und Hansestadt Greifswald (nach dem Grundsatz: so wenig wie möglich, aber so viel wie nötig) bereits einen differenzierten - möglichst salzarmen - Winterdienst hat. Es wird nicht vorgeschlagen, mit dieser Informationsvorlage gänzlich auf Salz zu verzichten. Auf den ausgewiesenen Hauptfahrbahnen wird weiterhin Salz verwendet werden, um die Flüssigkeit des Verkehrs auch im

Winter zuverlässig aufrechtzuerhalten.

Die in der Vorlage eingefügten Tabellen sollen ein Benchmarking der Salzwerte im Vergleich zu anderen Städten und Kommunen darstellen.

Die Ausschussmitglieder sehen die Vorlage als gute Grundlage.

Über die Vorlage wird nicht abgestimmt.

*Zu TOP:
5.2. Strategiekonzept und Prüfauftrag des See- und Tauchsportzentrums –
Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*

Herr Schult stellt das Strategiekonzept des See- und Tauchsportzentrums vor. Danach sollen folgende Punkte durch die Verwaltung geprüft werden:

- die Betreuung des Schiffes SSS Greif durch die Stadtwerke Greifswald GmbH/Schwimmbad und Anlagen GmbH,
- die Betreuung des „Schipp in“ durch private Hoteliers,
- die Rücknahme der Zwischenbetreiberfunktion des STZ für die Grundstücksbereiche Strandbad und „Alte Badeanstalt“ und damit Rückfall in den Zuständigkeitsbereich der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.

In der anschließenden Diskussion wird bemängelt, dass die Vorlage kein Strategiekonzept darstellt. Aussagefähige Kalkulationen fehlen. Auch wird der Weg, einen Zuschuss durch die Landesregierung zu bekommen, als nicht realistisch eingeschätzt. Vielmehr sollte man über eine „schmerzhaft“ Preiserhöhung (kostendeckende Reisen) nachdenken. Im vorgelegten Konzept fehlen auch genaue preisliche Angaben zum Instandhaltungsrückstau des „Schipp in“ sowie der Greif.

Herr Braun schlägt vor, den Prüfauftrag zur Betreuung des Schiffes SSS Greif um die WVG zu ergänzen.

Eine Chance sieht Frau Socher in der Überplanung der Südmole mit dem Strandbad und der Greif nach dem Sperrwerkbau.

Herr Dr. Fassbinder regt die Prüfung des Einsatzes von EU-Geldern und der Betreuung der Greif durch einen Verein an.

Frau Teetz bemerkt, dass konzeptionelle Ansätze, die gewisse Strategien aufweisen, vorhanden sind. Mit den personellen und finanziellen Mitteln des Eigenbetriebes können keine anderen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Deshalb ist man bemüht, einen Partner zu finden.

Herr Wille betont, dass sich auch nach Verbrauch der Rücklagen im Jahre 2016 haushaltsmäßig für die Stadt nichts ändert, weil schon heute eine Ausweisung im Ergebnishaushalt vollständig erfolgt.

Auf Nachfrage können die Kosten für die Umsetzung des Strategiekonzeptes nicht beziffert werden.

Die Vorlage wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Zu TOP: 5.3. Prüfung der gesellschaftsrechtlichen Verknüpfung von Biotechnikum Greifswald GmbH und Technologiezentrum-Fördergesellschaft Vorpommern mbH

Frau Teetz erklärt, dass die Ziele der gesellschaftsrechtlichen Verknüpfung die Hebung von Synergieeffekten (Planung, Betreuung, Betreuung der Firmen) und die Stärkung der Technologiezentren sind.

Die Ausschussmitglieder sind sich darüber einig, dass durch die Fusion eine klare strategische Ausrichtung mit klarem Profil entstehen wird.

Die Vorlage wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Zu TOP: 6. Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu TOP: 6.1. Modelle zur Weiterentwicklung der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern

Herr Dembski erklärt, dass die künftigen Strukturen der Theater und Orchester in Mecklenburg-Vorpommern durch einen Entwurf einer Vereinbarung des Landes Mecklenburg-Vorpommern näher untersucht werden sollen. Dazu soll die Stadt bis März 2013 als Gesellschafter des Theater Vorpommern eine Position zu neun möglichen Modellen, die durch die „metrum Managementberatung GmbH“ benannt wurden, beziehen. Aus Sicht des Landes werden das Modell 7 (nur zwei Staatstheater im Land, eins in Mecklenburg, eins in Vorpommern) und das Modell 4 (Musiktheatersparten aller Häuser gehen in zwei Landesopern auf, die einzelnen Theaterstandorte bleiben selbständig) favorisiert. Nur diese beiden Modelle werden als verhandlungsfähig gesehen. Die Untersuchungskosten für diese beiden Modelle wird das Land tragen, außerdem will das Land sich an anschließenden Umstrukturierungskosten/Investitionskosten an den Theatern beteiligen. Außerdem denken sie über ein Dynamisierungsmodell für die Zuschüsse ab dem Jahr 2020 nach.

Herr Dembski informiert, dass der Aufsichtsrat des Theaters auch die Modelle 4 und 7 bevorzugt, wobei immer der Erhalt des Stadttheaters im Vordergrund steht.

Mit der Unterzeichnung der Vereinbarung werden grundlegende Bedingungen festgeschrieben:

- der Gesamtzuschuss des Landes an alle Theater im Land und die kommunalen Zuschüsse bleiben bis zum Jahr 2020 bestehen,
- die Vergabe der Landesmittel wird bis zum Abschluss einer neuen Vereinbarung weiter auf Basis des existierenden FAG-Erlasses erfolgen,
- zukünftig soll ein Mindestlohn von 8,50 EUR/h allen fest angestellten Beschäftigten bezahlt werden.

Herr Dembski möchte vom Ausschuss ein Meinungsbild zum Vertragsentwurf.

Herr Dr. Fassbinder vertritt wie Herr Dembski den Standpunkt, sich rechtzeitig in den Prozess einzubringen und an der Diskussion zu beteiligen. Folgende Punkte sollten beachtet werden:

Punkt 1

- „Festschreibung des Zuschusses“: Hier muss zwischen FAG-Mitteln und Sonstigen Zuschüssen getrennt werden. Es sollte ein zusätzlicher Passus aufgenommen werden, dass FAG-Mittel so bleiben und das Land in anderer Form bezuschussen kann.
- Außerdem muss im Vertrag stehen, was die Stadt schon geleistet hat (Gebäudevorhaltung, Fusion usw.).
- Tarifierorientierte Löhne sollten ab 2020 angestrebt werden.
- Des Weiteren sollten gemeinsam mit Stralsund Drittmittel eingeworben werden.

Punkt 2

Hier muss geprüft werden, wer die tragfähigen Strukturveränderungen bestimmt, es muss eine klare Formulierung getroffen werden.

Die nachfolgende Diskussion zeigt, dass der Ausschuss nur über finanzielle Eckpunkte (z. B. Verpflichtung der gleichen Zuschusszahlung bis 2020) beraten kann. Die inhaltlichen Aspekte müssen im Fachausschuss geklärt werden.

Herr Mundt lässt über den Antrag von Herrn Dr. Fassbinder, die Vorlage nur zur Kenntnis zu nehmen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
1 Gegenstimme
1 Stimmenthaltung

Herr Dembski informiert, dass die WVG aufgrund des schlechten baulichen Zustandes des derzeitigen Heimes in Eldena den Neubau eines Obdachlosenheimes noch in diesem Jahr Am Gorzberg in der Nähe der Bahnanlagen plant und es dann an die Stadt vermietet. Betreiber wird wieder die Volkssolidarität sein. Für die Stadt entstehen keine Mehrkosten.

Zu TOP: *Neufassung der Hauptsatzung 2013*
6.2.

Herr Wille stellt die Neufassung der Hauptsatzung vor. Die Änderungen ergaben sich aufgrund der Neufassung der Kommunalverfassung, der eingeführten Doppik sowie des Änderungsbedarfes der Rechtsprechung zum Bebauungsplanverfahren. Außerdem wurden redaktionelle Überarbeitungen vorgenommen.

Herr Dr. Fassbinder bringt die Änderungsanträge seiner Fraktion ein, über die im Einzelnen abgestimmt wird:

Vorweg bittet er, in der Satzung die einheitliche geschlechtergerechte Sprache zu verwenden.

§ 5 (1) Öffentlichkeit des Hauptausschusses: Streichen im letzten Satz: „nicht“

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
4 Gegenstimmen

§ 6 (1) Fachausschüsse: ergänzen: „Ordnungsangelegenheiten“ zu „Ausschuss für Bau und Umwelt“

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen
5 Gegenstimmen
4 Stimmenthaltungen

§ 9 (2) Beigeordnete: „zwei Beigeordnete“ ersetzen durch „eine/n Beigeordnete/n“

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen
4 Gegenstimmen
4 Stimmenthaltungen

§ 21 (2) Zweiten Halbsatz zum Rederecht ändern in: „wenn die Mehrheit der Mitglieder der Ortsteilvertretung dem nicht ausdrücklich widerspricht“

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
1 Gegenstimme
3 Stimmenthaltungen

Herr Mundt lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
1 Gegenstimme
2 Stimmenthaltungen

Zu TOP:
6.3. *Beschluss zum Ausbau der „Heinrich-Heine-Straße“ sowie zur Abschnittsbildung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme nach Straßenbaubeitragssatzung*

Die Vorlage wird von Frau Franz eingebracht. Die Heinrich-Heine-Straße soll in zwei Abschnitten ausgebaut werden (von der Einmündung Schillerstraße bis Einmündung Georg-Büchner-Straße, ab Einmündung Georg-Büchner-Straße bis zur Kreuzung Verlängerte Scharnhorststraße). Die gesamte Heinrich-Heine-Straße wird zur Anliegerstraße klassifiziert. Es werden Vorausleistungen auf die künftige Beitragsschuld erhoben. Weiterhin sollen die städtischen Grundstücke im B.-Plan 88 komplett in die Verteilungsfläche einfließen und die darauf entfallenden Beiträge bei der Vermarktung der Grundstücke auf den ermittelten Verkehrswert aufgeschlagen werden.

Frau Görs informiert, dass die Mitglieder der OTV Innenstadt dem Beschluss zustimmen.

Über die Vorlage wird abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

Zu TOP:
6.4. *Stadtmarketingverein als zentraler Veranstaltungsservice*

Die Vorlage wurde von der FDP-Fraktion zurückgezogen.

Zu TOP: 7. *Information der Verwaltung*

- Herr Wille informiert, dass es aufgrund von Vergabebeschwerden bei der Revitalisierung Herrenhufen Nord zu erheblichen Bauverzögerungen kommt. Zum jetzigen Zeitpunkt geht die Stadt davon aus, dass die Verwendungsfrist bis zum 31.10.2013 nicht eingehalten und ein Betrag von 1,28 Mio. EUR aus dem Gesamtvolumen erst im Jahr 2014 ausgegeben werden kann. Es wurde eine Verlängerung des Bewilligungszeitraums beantragt, jedoch steht die Bewilligung noch aus. Der Stadt wurde lediglich mitgeteilt, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt dem Antrag nicht entsprochen werden kann, weil eine Förderungsperiode der EU endet. Es kann passieren, dass wider Erwarten das Land eine Verlängerung des Bewilligungszeitraumes nicht genehmigt und somit das Vorhaben nach dem 31.10.2013 nicht mehr gefördert wird. Die Stadt muss jetzt diesbezüglich intensive Gespräche mit dem Wirtschaftsministerium und dem Landesförderinstitut führen, um die Verlängerung des Bewilligungszeitraumes zu erwirken. Notwendige
-

Ausschreibungen würden aber auf den Weg gebracht werden. Damit bestünde das Risiko, dass die Stadt einen Teil der Investitionen nicht refinanziert bekommt. Herr Wille bittet die Mitglieder des Ausschusses, der beabsichtigten Verfahrensweise zu widersprechen, wenn man damit nicht einverstanden ist.

- Die vorläufigen Ergebnisse (positiv) zum Jahresabschluss liegen vor. Genaue Zahlen können noch nicht genannt werden, da aufgrund des ersten doppelischen Abschlusses noch Fehler gesucht und Bewertungen vorgenommen werden müssen.
- Die Eröffnungsbilanz ist noch in Arbeit.

Zu TOP: 8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

keine

Zu TOP: 9. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

Zu TOP: 10. Bestätigung des Protokolls vom 28.11.2012

Es gibt keine Änderungswünsche.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

Zu TOP: 11. Schluss der Sitzung

Die Sitzung wird um 20:13 Uhr beendet.

gez. Thomas Mundt

Ausschussvorsitzender

gez. Birgit Rosolski

für das Protokoll